



Benjamin Benz | Günter Rieger |
Werner Schöning | Monika Többe-Schukalla
(Hrsg.)

Politik Sozialer Arbeit

Band 1:
Grundlagen, theoretische
Perspektiven und Diskurse

BELTZ JUVENTA

Benjamin Benz | Günter Rieger | Werner Schöning |
Monika Többe-Schukalla (Hrsg.)
Politik Sozialer Arbeit · Band 1

Die Rahmenbedingungen sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Handelns sind politisch konstituiert. Soziale Arbeit ist abhängig von Politik, beeinflusst diese aber gleichzeitig vielfältig. Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen implementieren politische Entscheidungen, vertreten Interessen, sitzen in Gremien, beraten Politik und tragen zur politischen Bildung bei. Sie sowie ihre Trägerinnen und Träger agieren stellvertretend für Klienten und sollen diese im politischen Denken unterstützen, stets mit dem Ziel, sie zu eigenständigem politischem Handeln zu befähigen. Soziale Arbeit soll Politik effektiv umsetzen und darf dabei doch ihre Kritikfähigkeit und ggf. Widerständigkeit nicht verlieren. Sie legitimiert ihr politisches Handeln als anwaltschaftliche Interessenvertretung, verfolgt dabei aber auch ureigene fach- und berufspolitische Ziele.

Im Vergleich zur offenkundigen Relevanz der Verbindungen zwischen Politik und Sozialer Arbeit ist es auffällig, dass im deutschsprachigen Raum kein aktuelles Kompendium vorliegt, das Erkenntnisse und Diskussionen hierzu zusammenfügt. Diesen Zustand überwinden der hier vorliegende 1. Band „Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse“ und ein in Kürze erscheinender 2. Band „Akteure, Handlungsfelder und Methoden“. Während der hier vorliegende Band wichtigen theoretischen Grundlagen und aktuellen Diskursen gewidmet ist, werden im nachfolgenden praxisrelevante Themenfelder abgesteckt sowie relevante Akteure und Methoden in ihren Beiträgen zur Politik Sozialer Arbeit vorgestellt und diskutiert. Beide Bände präsentieren exemplarisch den „State of the Art“ politikbezogener Forschung, Lehre und Praxis in der Sozialen Arbeit. Bereits die in diesem 1. Band versammelten Beiträge machen deutlich, wie vielschichtig und zum Teil kontrovers politische Fragen in der Sozialen Arbeit zu diskutieren sind.

Benjamin Benz | Günter Rieger | Werner Schöning |
Monika Többe-Schukalla (Hrsg.)

Politik Sozialer Arbeit

Band 1:

Grundlagen, theoretische Perspektiven
und Diskurse

BELTZ JUVENTA

Diese Publikation wurde finanziell unterstützt durch
die Duale Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart
die Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
den Verein der Freunde und Förderer der
Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2013 Beltz Juventa · Weinheim und Basel
www.beltz.de · www.juventa.de

ISBN 978-3-7799-4310-5

Inhalt

Einleitung

*Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schöning,
Monika Többe-Schukalla*

Die Politik Sozialer Arbeit – Umriss, Gegenstände und Positionen 8

Teil 1

Grundlagen einer Politik Sozialer Arbeit

Werner Schöning

Soziale Arbeit als Intervention und Modus der Sozialpolitik 32

Günter Rieger

Das Politikfeld Sozialarbeitspolitik 54

Benjamin Benz

Politische Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit 70

Andreas Lob-Hüdepohl

„Menschenwürdig leben fördern“ –
zu normativen Grundlagen einer Politik Sozialer Arbeit 85

Björn Kraus

Macht, Hilfe, Kontrolle. Erkenntnistheoretische Überlegungen
zu den Bedingungen ihrer Möglichkeit 103

Patrick Oehler

Demokratie und Soziale Arbeit.
Marksteine einer Beziehungsgeschichte 117

Martina Lütke-Harmann, Fabian Kessl

Paradoxien der Ent-/Politisierung. Überlegungen zum
politischen Potenzial Sozialer Arbeit in der (Post)Demokratie 133

Timm Kunstreich

Transversalität – für eine Politik des Sozialen 150

Teil 2

Diskurse und disziplinäre Perspektiven

Monika Többe-Schukalla

Paradigmen der politischen Bildung und Erziehung
in ihrer Bedeutung für die Soziale Arbeit 166

Carsten Müller

Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie.
Ein Beitrag zur Wiederentdeckung der politischen Dimension
im Verhältnis Sozialer Arbeit und Pädagogik 182

Beate Finis Siegler, Werner Schöning

Sozialökonomische Analyse Sozialer Arbeit 195

Marc Breuer

Inklusion und Exklusion –
zwischen Sozialtheorie und sozialpolitischer Semantik 219

Hildegard Mogge-Grotjahn

Zwischen „wesensmäßiger Mütterlichkeit“
und der Ausblendung von Geschlechterverhältnissen.
Genderfragen in Praxis, Forschung und Politik Sozialer Arbeit 232

Anselm Böhmer

Das Fördern des Forderns.
Eine subjekttheoretische Kritik transformierter Sozialpolitik 247

Monika Többe-Schukalla, Barbara Solf-Leipold

Soziale Arbeit in europäischer Perspektive – Lernen im Vergleich 265

Die Autorinnen und Autoren 285

Einleitung

Benjamin Benz, Günter Rieger, Werner Schöning,
Monika Többe-Schukalla

Die Politik Sozialer Arbeit – Umrisse, Gegenstände und Positionen

1. Soziale Arbeit und Politik: Politik Sozialer Arbeit

Soziale Arbeit und Politik stehen in einem engen und komplexen Zusammenhang. Die Rahmenbedingungen sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Handelns sind politisch konstituiert. Soziale Arbeit ist abhängig von Politik, beeinflusst diese aber gleichzeitig vielfältig. Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen implementieren politische Entscheidungen, vertreten Interessen, sitzen in Gremien, beraten Politik und tragen zur politischen Bildung bei. Sie und ihre Träger/innen agieren stellvertretend für Klientinnen/Klienten und sollen diese im politischem Denken und Handeln unterstützen, aber auch zum eigenständigen politischen Handeln befähigen. Soziale Arbeit muss Politik möglichst effektiv umsetzen und darf dabei doch ihre Kritikfähigkeit und ggf. Widerständigkeit nicht verlieren. Sie legitimiert ihr politisches Handeln als anwaltschaftliche Interessenvertretung, verfolgt dabei aber auch ureigene fach- und berufspolitische Ziele.

Betrachtet man einzelne Politikfelder, so sind die Beziehungen der Sozialen Arbeit zur Sozialpolitik wohl am intensivsten. Jedoch lassen sich viele Politikfelder (Geschlechterpolitik, Migrationspolitik etc.) benennen, die für die Soziale Arbeit darüber hinaus relevant sind und die umgekehrt von der Sozialen Arbeit beeinflusst werden. So entsteht ein als ‚Politik Sozialer Arbeit‘ abgrenzbarer Bereich politischen Denkens und Handelns, politischer Institutionen, Prozesse und Entscheidungen, den es durch und für die Soziale Arbeit als Profession in Wissenschaft, Ausbildung und Praxis zu erschließen gilt.

Im Vergleich zur offenkundigen Relevanz des Themenfeldes ‚Politik Sozialer Arbeit‘ ist es auffällig, dass in der deutschsprachigen Literatur kein Kompendium vorliegt, das den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand in angemessenem Umfang zusammenfasst. Diesen Zustand will die gleichnamige Fachgruppe ‚Politik Sozialer Arbeit‘ der ‚Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit‘ (DGSA) mit dem hier vorliegenden und einem weiteren Band (dazu später mehr) überwinden. Ziel dieses Bandes ist es, bezogen auf

den deutschsprachigen Raum praxisrelevante Theoriezugänge aufzuzeigen und Themenfelder abzustecken, Diskurse zu analysieren, Forschungsfragen aufzuwerfen und Erkenntnisse zusammenzutragen. Es geht darum, Perspektiven politischer Bildung aufzugreifen und grundlegende theoretische Problemstellungen zu entfalten sowie Blicke über den je eigenen nationalen Tellerrand zu werfen. Beide Bände stellen einen Versuch dar, den „State of the Art“ politikbezogener Forschung, Lehre und Praxis in der Sozialen Arbeit zumindest exemplarisch zu präsentieren.

2. Politikversessenheit und Politikvergessenheit: Diskursphasen zur Politik Sozialer Arbeit

Dabei gehört zur Erhebung des aktuellen Wissensstandes auch eine Retrospektive. Blickt man auf prominente Vertreter/innen politischer Aspekte in der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, so erkennt man zum einen Phasen einer mehr oder weniger stark wahrgenommenen Relevanz des Themas. Die Hochphasen spiegeln allgemein gesellschaftliche Diskurse zu sozialen Problemen wider, wie z.B. die Politisierung der deutschen Gesellschaft in der Weimarer Republik, als Folge der 68er-Bewegung und schließlich im aktuellen Kontext zunehmender Steuerungsansprüche des aktivierenden Sozialstaats. Mindestens ebenso markant sind die Phasen einer Entpolitisierung der Gesellschaft, die sich in der Sozialen Arbeit in einem Bedeutungsgewinn auf Privatheit ausgerichteter individualpädagogischer und therapeutischer Ansätze manifestiert, wie z.B. in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach dem zweiten Weltkrieg und insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren.

Phasen einer ‚*Politikversessenheit*‘ in den Hochphasen des Diskurses um die Politik Sozialer Arbeit stehen somit weite Phasen einer ‚*Politikvergessenheit*‘ der Sozialen Arbeit gegenüber. Hierbei kann angenommen werden, dass diese Phasen im deutschen Diskurs besonders ausgeprägt sind, während in Staaten mit einer anderen Geschichte und Diskurskultur diese Phasen anders verlaufen oder weniger sichtbar sind.¹ Politikversessenheit – man könnte moderner von Politikfokussierung sprechen – meint dabei, dass soziale Probleme vor allem mit Blick auf ihre strukturelle Verursachung analysiert und bearbeitet werden. Umgekehrt steht in Phasen der Politikvergessenheit das Private im Fokus von Analyse und Bearbeitung sozia-

1 Die beiden Begriffe modifizieren eine damals provokante Formulierung des Historikers Hans Peter Schwarz, der die deutsche Politik auf einem Weg „von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“ (Schwarz 1985) sah und damit die außenpolitisch beschauliche Einkehr der Bonner Republik charakterisierte. Später wurde das Begriffspaar von prominenter Seite immer wieder aufgegriffen und modifiziert und ist heute rudimentär noch im Schlagwort von der ‚Geschichtsvergessenheit‘ zu finden.

ler Probleme. Beide Perspektiven schließen einander nicht aus, nur scheinen sie nach Art der kommunizierenden Röhren miteinander verbunden und dies gelegentlich auch dialektisch: Steht die eine Perspektive im Fokus, dann wird die andere weniger beachtet; wird die eine Perspektive überzogen, dann fordert sie den Widerspruch der anderen Perspektive heraus. Gelegentlich kommt es auch zum Bemühen um einen mittleren, dritten und synthetisierenden Weg, wie er z.B. in Hilfekonzepten des ökologischen Ansatzes oder der Sozialraumorientierung entwickelt wurde. Letztlich jedoch verbleiben diese Bemühungen immer im Spannungsfeld der beiden dominierenden Perspektiven.

3. Protagonist/innen der Politik Sozialer Arbeit

Phasen und Konzepte der Politik Sozialer Arbeit werden seit jeher durch herausragende Vertreter/innen aus Theorie und Praxis geprägt. Insbesondere in den Hochphasen der Politikfokussierung Sozialer Arbeit gehören jene Vertreter/innen zu den ‚Galionsfiguren‘ der Sozialen Arbeit, deren Werk in der Hochschulausbildung faktisch kanonisiert ist. Es läge daher nahe, im vorliegenden Sammelband den wichtigsten Vertreter/innen einer Politik Sozialer Arbeit eigenständige Beiträge zu widmen. Andererseits hätte dies den Band bereits gefüllt. Zudem liegen über die einschlägigen Persönlichkeiten hervorragende Aufsätze und gelegentlich Monographien vor, auf die als Originaltexte verwiesen werden kann. Im Folgenden fokussieren jeweils Skizzen zentrale Bezüge lediglich einiger einschlägiger Theoretiker/innen und Praktiker/innen zur Politik Sozialer Arbeit, die exemplarisch für deren unterschiedliche Phasen, Zugänge und Facetten stehen:

Lorenz Werthmann (1858–1921)

Der Begründer und langjährige Präsident des Deutschen Caritasverbandes (DCV, gegr. 1897) steht mit seinem Motto „Organisieren, Studieren, Publizieren“ (BAGFW 2002, S. 165) für frühe Initiativen einer (auch politischen) Professionalisierung freier Wohlfahrtspflege und nichtstaatlicher Sozialer Arbeit.

Zunächst stellt der organisatorische Zusammenschluss katholisch-sozialer Initiativen und Verbände zum DCV selbst eine enorme Leistung dar. Dies zum einen mit Blick auf die Organisation „schwacher“ politischer Interessenträger (vgl. Winter 2000), zum anderen mit Blick auf die Erreichung einer begrenzten Autonomie katholisch geprägter Sozialer Arbeit gegenüber der Amtskirche (vgl. Lehner 1997, S. 222 ff.). Werthmann plädierte dabei für eine Einmischung der Freien Wohlfahrtspflege in die Sozialgesetzgebung: „Sie [die Caritasfreunde] dringen hinein in die Not, wohin die

staatliche Gesetzgebung noch nicht dringen kann, machen auf sittliche und materielle Notstände aufmerksam, schaffen das Material zur wirksamen Bekämpfung derselben; sie ebnen so die Pfade und Wege für neue gesetzgeberischer Maßnahmen.“ (Werthmann 1899, zit. nach Borgmann 1958, S. 70)

Zweitens erkannte Werthmann den Bedarf an systematischer Qualifizierung sozialer Hilfe. So mahnt der Priester Werthmann: „Es darf der Herr Pfarrer nicht meinen, dass seine caritative Tätigkeit darauf sich beschränken darf, ein Fünfpfennigstück dem armen Bettler zu reichen oder noch besser ein Stück Brot oder einen Teller Suppe aus seiner Küche zu geben (...)“. Vielmehr müsse Caritas „planmäßiger, rationeller, zielbewußter geübt werden, als das bisher geschehen“ sei (ebd.). Angesichts wieder entstehender Armenküchen und Tafeln eine hochaktuelle Mahnung.

Qualifizierte Praxis zu befördern hat publizistische Voraussetzungen. Diese Einsicht macht Werthmann in einer dritten Hinsicht für die politische Professionalisierung Sozialer Arbeit zu einer wichtigen Figur. Ohne den von ihm am Sitz der DCV-Zentrale in Freiburg im Breisgau aufgebauten Lambertus-Verlag hätten die Bibliotheksregale der Anfang der 1970er Jahre in Deutschland gegründeten Fachhochschulen des Sozialwesens vermutlich nur halb so lang sein müssen. Der Titel der DCV-Verbandszeitschrift „neue caritas“ trägt noch heute den dem Programm von Lorenz Werthmann entsprechenden Untertitel „Politik – Praxis – Forschung“. Zu welchem (konservativen) gesellschaftspolitischen Ziel alle caritative Tätigkeit streben soll, war für Lorenz Werthmann dabei klar „die Regeneration der christlichen Gesellschaft in ihren Klassen und Gliedern“ (ebd., S. 72).

Jane Addams (1860–1935)

Jane Addams zählt zu den wirkungsmächtigsten Vertreterinnen der Sozialen Arbeit überhaupt und hat schon zu Lebzeiten – symbolisiert durch die Verleihung des Nobelpreises im Jahr 1931 – enormes Ansehen erfahren (Cathy 2009). Ihr Beitrag zur Politik Sozialer Arbeit ist vielschichtig und besonders durch die Gründung des Hull House in Chicago (1889) und durch ihr Engagement für die Friedensbewegung und Frauenrechte charakterisiert. Sehr deutlich ist in jedem der Themenfelder die strukturelle Verursachung sozialer Probleme und Benachteiligungen angesprochen. Mit Blick auf das Hull House als Siedlungshaus in der Tradition und Weiterentwicklung der Settlement-Bewegung wurde Addams zu einer Pionierin der Gemeinwesenarbeit im kommunalen Kontext, die zudem politisch immer den Blick auf größere Zusammenhänge gerichtet hatte. So ist es bezeichnend, dass ihre auf Deutsch publizierte Schrift „Zwanzig Jahre sozialer Frauenarbeit in Chicago“ (Addams 1913) kommunale und bürgerrechtspolitische Arbeit miteinander verbindet und daher auch das Hull House als Element der politischen Frauenarbeit in Chicago behandeln kann.

Herausragend war dabei die Feststellung, dass die sozialen Probleme vor Ort auf Segregations- und Exklusionsprozesse zurückzuführen waren, wie sie von der gleichzeitig Chicagoer Pionierarbeit leistenden Schule der Stadtsoziologie (Park u.a.) beschrieben wurden. Zudem stand Addams der pragmatizistischen Reformpädagogik des damals ebenfalls in Chicago arbeitenden Dewey nahe, der häufig in Hull House zu Gast war (Tröhler 2005). Im Siedlungshaus selbst wurden verschiedene Bildungs- und Sozialleistungen für Familien und insbesondere für Frauen und Kinder angeboten und aus diesen Erfahrungen in den 1890er Jahren Vorschläge zur Sozialreform entwickelt.

Einzelfallhilfe und struktureller Reformbedarf waren daher aus Addams Sicht letztlich nicht zu trennen, jedoch zieht sich die Grundannahme einer strukturellen Verursachung sozialer Probleme, d.h. eine Art Primat des Politischen – bei Galtung später als strukturelle Gewalt bezeichnet – durch ihr Werk. Besonders deutlich wird dies in ihrem weiteren Engagement für verschiedene Aspekte der Friedens- und Bürgerrechtsbewegung, zunächst in den USA und ab 1915 durch die Gründung der Women's International League for Peace and Freedom auch international. Zwar hat sie sich mit der zunehmenden Weitung ihres Horizonts bis hin zu Weltbühne doch von ihrer ursprünglichen Idee des Hull House und der lokalen Gemeinwesenarbeit entfernt, jedoch hat sie andererseits ihre Wurzeln und ihre Prägung der Sozialen Arbeit nie aufgegeben. Noch heute arbeitet das Nachbarschaftshaus, dessen Gebäude von Addams erworben wurde, nicht als Museum, sondern als lebendige Einrichtung der Jane Addams Hull House Association. Deren Mission Statement betont gleich zu Beginn, dass ihr Ziel die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen von Personen und in Kommunen sei und dass hierbei neben dem Angebot sozialer Dienste auch das politische Mandat der Sozialen Arbeit wahrgenommen werde (Hull House 2012). Dienste zur akuten Hilfe für sozial Benachteiligte einerseits und Sozialreform zur langfristigen Verbesserung der Lebensbedingungen andererseits sind hier nicht zu trennen und die Politik Sozialer Arbeit somit kein Fremdkörper, sondern konstituierendes Element der Sozialen Arbeit insgesamt. Noch deutlicher tritt das Politische in Addams' Arbeit für die Frauen- und Friedensbewegung zutage, die sich im Schwerpunkt auf der politischen Ebene bewegt. Addams' Bezüge zur Politik Sozialer Arbeit sind somit denkbar vielschichtig.

Alice Salomon (1872–1948)

Das theoretische wie praktische Wirken Alice Salomons weist sie in mindestens vier Hinsichten als Wegbereiterin einer politisch engagierten Sozialen Arbeit aus. So steht auch sie zunächst prominent für den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit. Der bürgerlichen Frauenbewegung angehörend engagiert sie sich seit den 1890er Jahren bis zu

ihrem Tod vielfältig in und für sie (s. hierzu Kuhlmann 2007). 1906 promovierte Salomon nach nationalökonomischem Studium als Gasthörerin (Frauen waren zu dieser Zeit in Deutschland noch nicht zum regulären Studium zugelassen) über die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Zweitens plädierte Salomon – wie bereits Werthmann, hier nun aber professions- statt verbandsbezogen – für eine Qualifizierung sozialer Hilfe und damit auch ein Engagement der Wohlfahrtspflege in der Sozialgesetzgebung: „Wie die medizinische Forschung nicht ohne Verbindung mit der klinischen Erfahrung möglich ist, so sollte auch alle soziale Reform ständig durch die soziale Praxis, durch die Erfahrungen der Fürsorge beeinflusst und befruchtet werden. Das setzt aber Sozialbeamte voraus, die geistig geschult sind, die hohen Anforderungen an die eigenen Leistungen stellen und die imstande sind, vom besonderen auf das Allgemeine zu schließen, aus dem Erlebnis den Grundsatz abzuleiten, in den bestehenden Zuständen und Gesetzen Probleme zu sehen und an der Entwicklung der Gesetze und Reformen schöpferisch mitzuarbeiten.“ (Salomon 1926, S. 47) Fachkräfte der Sozialen Arbeit (zu Salomons Zeit noch „Armenpfleger“ und „Fürsorger“ genannt) sollen also ausdrücklich „soziale Politik fördern“ (ebd.), sich an ihrer Entwicklung beteiligen. Gleichwohl bleibt für sie (ähnlich wie später bei Scherpner; s. u.) eine Differenz zwischen Politik und sozialer Hilfe bestehen: „Mögen Sozialpolitiker das Recht und die Pflicht haben, weitausschauende Reformpläne auszuarbeiten und vorzubereiten, der Armenpfleger hat zu untersuchen, wie er – neben den Bemühungen zur Besserung des Loses ganzer Klassen – die gegenwärtige Lage des einzelnen Hilfebedürftigen verbessern kann.“ (Salomon 1908, zit. nach Kuhlmann 2000, S. 21) Zu wirksamer sozialer Hilfe sind damit beide – Sozialpolitiker/innen und Armenpfleger/innen – aufeinander verwiesen.

Um letztere für diese Aufgabe zu qualifizieren, beginnt Salomon 1899 in Berlin mit dem deutschlandweit ersten „Jahreskursus zur Ausbildung von Berufsarbeiterinnen für die Wohlfahrtspflege“ (Salomon 1921, S. 157f.), ab 1908 im Rahmen einer von ihr geleiteten Sozialen Frauenschule. Dabei sei der soziale Beruf „ein *Eignungsberuf*“, der beides brauche: „die psychologisch-künstlerische Gabe der Einfühlung, des Verstehens und die pädagogisch-politische Gabe, Einfluss zu gewinnen“ (Engelke/Borrmann/Spatscheck 2008⁴, S. 246; Herv. i. O., im Rekurs auf Salomon 1928).

Drittens brachte die 1914 vom jüdischen zum christlichen Glauben (evangelischer Konfession) konvertierte Tochter einer wohlhabenden Berliner Kaufmannsfamilie (Engelke/Borrmann/Spatscheck 2008⁴, S. 236) früh die menschenverachtende Verabsolutierung des Konkurrenzgedankens für Klientinnen/Klienten, Fachkräfte und Organisationen der Wohlfahrtspflege auf den Punkt. Im Sozialdarwinismus werde die „Biologie (...) philosophisch und politisch ausgenutzt. Der Entwicklungsgedanke, fußend auf dem Glauben an den Kampf ums Dasein und dem Begriff der Auslese der Passendsten wurde auf das Kulturleben der Menschen übertragen. (...) Der

Wohlfahrtspflege war damit ihr Urteil gesprochen. Denn sie dient der Erhaltung der Schwachen, und verhindert den Kampf des stärkeren Lebenswillens gegen den schwächeren, hindert die Auslese der Geeigneten.“ (Salomon 1921, S. 6)

Schließlich – viertens – steht Alice Salomon für Internationalität als Merkmal einer jeden Profession, die daneben auch die Frauenbewegung dieser Zeit bereits prägte. „Ausgehend von den willkürlichen Unterschieden der politischen und privaten Rechte von Frauen in allen ‚Kulturländern‘ sahen Salomon und ihre Mitstreiterinnen schon früh, wie international die Unterdrückung von Frauen und wie sinnvoll daher eine gemeinsame Gegenwehr war.“ (Kuhlmann 2007, S. 182) Salomon engagierte sich für die internationale Vernetzung von Ausbildungsstätten Sozialer Arbeit und dafür, „durch internationale Vergleiche auch die Wissenschaft von der Sozialen Arbeit weiterzuentwickeln“ (ebd., S. 183).

Einer auf Versöhnung sozialer Gegensätze gerichteten Sozialen Arbeit verpflichtet bestand Salomon dabei darauf, dass Soziale Arbeit und soziale Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen seien. Recht verstanden sei Soziale Arbeit „nicht Güte, nicht Wohltun, sondern nur gerechtes Handeln“. Gerechtigkeit kann aber nur verwirklicht werden, „wenn die Starken an einem Missbrauch ihrer Macht gehindert werden“. Und auch die Freiheit der Schwachen kann nur gesichert werden, „wenn das Gesetz sie vor der Übermacht der Starken schützt.““ (Salomon 1909 und 1922 zitierend, Kuhlmann 2008, S. 66) Gleichwohl bleibe soziale Gerechtigkeit „ein Ideal, dem wir zustreben, näher kommen können – das wir aber nie erreichen werden.“ Die Aufgabe Sozialer Arbeit war daher „an sich und absolut unlösbar“. Aber – so Salomon – „das ist kein Grund, auf Teilverwirklichungen zu verzichten.““ (Salomon 1912 und 1930 zitierend, Kuhlmann 2008, S. 67f.)

Hans Scherpner (1898–1959)

Hans Scherpner war Sozialarbeitswissenschaftler im besten Sinne und *avant la lettre*. Er kannte die Praxis Sozialer Arbeit, engagierte sich in deren Verbänden und beschäftigte sich Zeit seines akademischen Wirkens mit Geschichte, Theorie und Methodik Sozialer Arbeit. Die theoretische Reflexion Sozialer Arbeit war ihm ebenso eigen wie die engagierte sozialpolitische Einmischung. Als Schüler von Christian Jasper Klumker (1848–1942), dem ersten Lehrstuhlinhaber für Fürsorgewesen und Sozialpädagogik an einer deutschen Universität, arbeitete und promovierte (1922) er an dessen Frankfurter Fürsorgeseminar. Im Nachkriegsdeutschland wurde er zu einem der führenden Repräsentanten der Fürsorgewissenschaft. Er übernahm den Vorsitz des Berufsverbands männlicher Sozialarbeiter und gehörte von 1952 bis 1959 dem Hauptausschuss des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge an.

Hans Scherpner verortet seine posthum (1962) veröffentlichte „Theorie der Fürsorge“ in Abgrenzung zu „allen dogmatisch gebundenen Disziplinen“ (z.B. Caritaswissenschaft) als „Wirklichkeitswissenschaft“ (ebd., S. 20). Über die stets zeit- wie traditionsgebundene Analyse der Geschichte des Armenwesens versucht er die Gegenwart der Fürsorge, ihre Arbeitsweisen und Widersprüche zu verstehen. Fürsorge ist für ihn eine Form der Hilfe als einer „Urkatégorie des menschlichen Handelns“ (S. 122). Er unterscheidet darin zwei „Grundformen der Hilfebedürftigkeit“ (ebd., S. 138): die „Armut als wirtschaftliche Hilfebedürftigkeit“ (ebd., S. 139) und die „Verwahrlosung“ „als erzieherische Hilfebedürftigkeit“ (ebd., S. 156). Gestaltung und Zielsetzung der Fürsorge gelten ihm durchaus als politikabhängig. Jede Fürsorge ist „nicht nur ein Gegenstand der Politik, sondern ein Bestandteil der Politik, d.h. auch ihre Zielsetzung kann nicht unabhängig sein von den allgemeinen Zielsetzungen der Politik der Gesamtheit, die sich wieder ergeben aus dem Zusammenspiel und dem Widerstreit der politischen Kräfte in einem Staat“ (ebd., S. 131). Doch ist für ihn fürsorgerisches Handeln grundsätzlich von politischem, der Sphäre des „Kampfes“ als zweiter Urkatégorie (s.o.) zuzuordnendem Handeln zu unterscheiden. Fürsorge als Hilfe ist in ihrer Organisation wie Methode stets als „persönliche Hilfe“ (ebd., S. 157) zu gestalten und damit klar von politischem Handeln abzugrenzen. Fürsorgerische Hilfe ist eben „nicht politisches Handeln in dem engeren, speziellen Sinn des unmittelbaren Sich-Bemühens, des Kämpfens um Macht, sondern sie hat als Sonderfunktion ihren eigenen Sinn, ihre besondere Aufgabe ..., nämlich die Wiedereingliederung der aus der Gemeinschaft sich lösenden Glieder“ (ebd., S. 131). Gerade in „Zeiten und Situationen politischer Hochspannung“ sieht er die „Gefahr der Politisierung“ Sozialer Arbeit, welche sie ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet. Den „Typus des Fürsorgers oder Helfers“ sieht er idealtypisch als „Gegentypus“ zum Politiker, der „in seinem Wesen beherrscht (ist) vom Streben nach Macht“, während der Helfer geprägt ist von spontaner Hilfsbereitschaft und tiefer Sympathie „dem Schwachen und Hilflosen gegenüber“ (ebd., S. 133).

Hans Scherpner steht damit für eine Traditionslinie Sozialer Arbeit, die zwar den Zusammenhang zwischen Politik und Sozialer Arbeit sieht, politisches Handeln ähnlich wie Peter Lüssi (⁵2001) oder Roland Merten (2001) aber nicht zu den Aufträgen Sozialer Arbeit zählt.

Hans Thiersch (*1935)

Hans Thiersch wird in Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zuvorderst mit seinem Ansatz der Alltags- und Lebensweltorientierung identifiziert. „Das Konzept der Alltags- und/oder Lebensweltorientierung, als ein für die sozialpädagogische Theorieentwicklung wichtiger Gegenentwurf zu den 1960er/1970er Jahre dominierenden eher politischen Konzepten, insistiert

auf den Bezug zu menschlichen Erfahrungen und Praxis und hat seit den 1970er Jahren Verständnis und Entwicklung der Sozialen Arbeit maßgeblich bestimmt.“ (Füssenhäuser 2005, S. 324) Haben wir es hier also mit einem apolitischen Vertreter zutun? In mehrfacher Hinsicht: nein.

Denn Hans Thiersch insistiert beharrlich weiter auf den politischen Gehalt und das kritisch-dialektische Fundament seiner Überlegungen. So bedürfe das Konzept der Lebensweltorientierung „einer Abgrenzung gegenüber Tendenzen konservativer Instrumentalisierung, die die kritische zugunsten der rein beschreibenden Perspektive zu unterschlagen drohen. So besteht die Gefahr, daß die Dialektik des kritischen Konzepts Lebensweltorientierung (...) verkürzt wird, als sei Lebenswelt in ihren verfügbaren Ressourcen schon gelingendes Leben.“ (Grundwald/Thiersch 2003, S. 86) Über die Mitherausgabe der „neue[n] praxis – Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik“ (ehedem „... – Kritische Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik“) sorgt er sich weiterhin auch um die publizistische Beförderung fachpolitischer Auseinandersetzungen.

Zweitens ist Hans Thiersch wie kaum ein anderer Theorievertreter (politischer) Sozialer Arbeit praktisch wirkmächtig geworden. So spielte er in der Institutionenkritik etwa von Psychiatrie und Heimerziehung sowie in den daraus folgenden politischen und praktischen Bemühungen um eine Dezentralisierung, Deinstitutionalisierung und Ambulantisierung von Hilfen sowie der Entwicklung und Verbreitung sozialräumlicher, partizipativer und niederschwelliger Konzepte eine wichtige Rolle, nicht nur als Mitglied der Kommission zur Erarbeitung des Achten Jugendberichtes des Bundes (BMJFFG 1990).

Drittens steht Hans Thiersch für Engagement in (binär betrachtet) professions- und disziplinpolitischen Fragen bzw. (Professionen triadisch differenziert begriffen) in praxis-, wissenschafts- und ausbildungspolitischen Fragen. Thiersch wird (nach einem Ruf 1967 an die Pädagogische Hochschule in Kiel) 1970 auf einen im Zuge der Institutionalisierung der Erziehungswissenschaft (inklusive sozialpädagogischem Schwerpunkt) an deutschen Universitäten eingerichteten Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik an der Universität Tübingen berufen. Von hier aus wirkt er in den 1980er Jahren an der Studienreform der Pädagogik-, Sozialpädagogik- und Sozialarbeitsstudiengänge an Fachhochschulen und Universitäten mit. Ehedem Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), beharrt er nicht auf einer Abgrenzung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik, sondern bedient sich sukzessive des Terminus ‚Soziale Arbeit‘. Während er sich dabei von einer Verortung der Sozialen Arbeit „in“ einer (sozialwissenschaftlich orientierten) Erziehungswissenschaft nicht verabschieden mag (Thiersch 2002, S. 112), konstatiert er doch, dass „Rekonstruktionen der Wissenschaftsgeschichte der sozialen Probleme und Arbeit [sic] im vorigen Jahrhundert (...) zeigen, dass die Auseinandersetzung zwischen Sozialpädagogik und Sozialer Arbeit [sic] nur eine Phase

in dem langen, aus unterschiedlichen Traditionen stammenden, interdisziplinär schillernden Prozess der Profilbestimmung der Sozialen Arbeit zwischen Sozialpolitik, Sozialethik, Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialtherapie ist.“ (Thiersch 2009: S. 26) Schließlich wendet sich Thiersch gegen das Postulat einer reinen Beobachterrolle der Wissenschaft. Diese sei vielmehr „Teil der Gestaltung der sie umgebenden sozialen Verhältnisse.“ (Engelke/Borrmann/Spatschek 2008⁴, S. 440)

Silvia Staub-Bernasconi (*1936)

Silvia Staub-Bernasconi ist eine der engagiertesten Vertreterinnen der „Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession“ im deutschsprachigen Raum. Ihre zahlreichen Publikationen nehmen wiederkehrend Bezug zur Menschenrechtsthematik als elementarem Bestandteil in der Auseinandersetzung um Profession, Disziplin, Theorie und Praxis Sozialer Arbeit (Staub-Bernasconi 1995, 1998, 2007a).

Menschenrechte als Idee und Orientierung eröffneten der Sozialen Arbeit die Chance, aus Fremdbestimmung und Bescheidenheit herauszukommen (ebd., 1995). Ihre Realisierung und Durchsetzung seien ohne politisches Handeln nicht denkbar. Menschenrechte, so argumentiert Staub-Bernasconi, sind „Realutopien“ (2008, S. 9), deren Einlösung, wenn auch „nie in Reinform, sondern in mehrfach gebrochener Weise“ (ebd., S. 21) in komplexen politischen Aushandlungsprozessen erfolgt. Die Menschenrechtskonferenzen der letzten beiden Dekaden dokumentieren das dialektische Verhältnis zwischen Idee und Anspruch der Menschenrechte, ihrer Umsetzung und kritischen Weiterentwicklung durch Vertreter/innen von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen.

Staub-Bernasconi plädiert für die Erweiterung des Doppelmandats von Hilfe und Kontrolle (Böhnisch) zu einem Tripelmandat, bestehend aus einer wissenschaftlichen Beschreibungs- und Erklärungsbasis und einer aus dem Berufskodex der Sozialen Arbeit definierten ethischen Basis mit Bezug auf die Menschenrechte (2008, S. 22). Durch diesen Bezug gewinnt die Soziale Arbeit Möglichkeiten „wissenschaftlich gestützter sozialpolitischer Einmischung“ (ebd., S. 23) und ist damit auch „ohne (externes) politisches Mandat politikfähig“. (Müller 2001, Schneider 2001, zit. n. ebd.)

Menschenrechte sind fundamentale und universale menschliche Bedürfnisse. Dabei erkennt Staub-Bernasconi nicht, dass Verständnis von Menschenrechten und ihr universaler Anspruch in philosophisch-gesellschaftlichen Argumentationen und kulturellen Kontexten different ausfallen, sieht aber, dass Leid- und Unrechtserfahrungen Anlässe für Ausformulierungen und Weiterentwicklungen geben und sich dabei jenseits von kultureller und politischer Indoktrination und Herrschaft an der Idee Menschenwürde orientieren können (2007b, S. 263). Gegen einseitige Kulturvereinnahmung

setzt sie die Suche nach einem „overlapping consensus“ (2008, S. 20), der aus kontext- und kulturübergreifenden Meinungen über an Menschenwürde festgemachten Rechten bestehe, die durch Politik strukturell verankert und geschützt werden müssen. Internationale Diskurs- und Akzeptanzprozesse sind in den drei Menschenrechtsgenerationen, den UN-Konventionen, dem UNO-Handbuch über Menschenrechte sowie in der „declaration toward a global ethic“ von 1993 angelegt. Für die Soziale Arbeit liegt in diesen Dokumenten eine „fachlich-wissenschaftliche Basis politisch zu denken und zu handeln“ (2007b, S. 243).

Abgesehen von diesem definitorischen Konsens braucht Soziale Arbeit zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen Erklärungen über ihre Entstehungsursachen durch umfassende qualitative und quantitative Analyse der Lebenslagen ihrer Adressaten und einer fundierten Kritikfähigkeit gegenüber ihren Bezugswissenschaften (2008, S. 13 ff.). Die Adressaten Sozialer Arbeit sind vielfach „vulnerable groups“ (ebd.), die als Minderheiten, Behinderte, von Armut Betroffene, Obdachlose vielfältigen strukturellen Diskriminierungen und Verletzungen ausgesetzt sind. Ihre erlebten Ausgrenzungen können durch Politik und gesellschaftliche Instanzen legitimiert und bekräftigt werden. Verletzt werden die in der zweiten Menschenrechtsgeneration formulierten Wirtschafts-, Sozial- und kulturellen Rechte, die als Kernstück des politischen Gestaltungsauftrags durch Soziale Arbeit gelten (2008, S. 23). Stigmatisierende und die Menschenwürde verletzende Erklärungsmodelle sozialer Probleme können auch durch die Bezugswissenschaften der Sozialen Arbeit unterstützt werden. Staub-Bernasconi verweist auf Pseudo-Theorien, die für sich wissenschaftliche Erklärungen mit Verweis auf Biologie, Medizin und Sozialwissenschaften beanspruchen, dabei komplexe Forschungsergebnisse missachten und reduzierte Menschen- und Gesellschaftsbilder transportieren. Als Beispiele sind ausgrenzende gesellschaftlich legitimierte Differenzierungsformen nach Klasse, Geschlecht, Ethnien zu sehen (2008, S. 17).

In Kenntnisnahme derartiger Menschenrechtsverletzungen in ihren Problembereichen und Handlungsfeldern hat Soziale Arbeit eine „(fach-)politische Funktion“ (2007b, S. 243). Es geht um die Veröffentlichung privatisierter Nöte als „transforming private troubles in public issues“ (ebd., S. 249) sowie um eine fundierte und professionell autonome Haltung im Sinne kritisch-konstruktiver Teilnahme an gesellschaftlichen Diskursen, die sich weder (partei-)politisch noch einseitig ideologisch vereinnahmen und instrumentalisieren lässt.

Konrad Maier (1939–2010)

In der Tradition der von Arnold Bergstraesser und Dieter Oberndörfer geprägten „Freiburger Schule“ einer normativ und mit praktischem Erkenntnisinteresse orientierten Politikwissenschaft stehend, hat sich Konrad Maier

wie kaum ein zweiter Politikwissenschaftler seiner Zeit auf Handlungsfelder und den Theoriebestand Sozialer Arbeit bezogen und aktiv am Aufbau einer Sozialarbeitswissenschaft beteiligt. Wo andere sich hier implizit oder ausdrücklich als ‚Bezugswissenschaftler‘ positionierten, suchte Maier (von 1983 bis 2005 Professor für Politikwissenschaft an der Evangelischen Fachhochschule in Freiburg im Breisgau) nach Verbindungen beider Wissenschaftsbereiche (s. Maier 1997), nach praktischer Relevanz politikwissenschaftlicher Erkenntnisse für Aufgaben und Fragen von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen und nach hochschul- und wissenschaftspolitischen Möglichkeiten der Disziplinentwicklung und Professionalisierung Sozialer Arbeit. Als Mittler zwischen Politik- und Sozialarbeitswissenschaft konnte er letzterer auch Hinweise zu Parallelen in Voraussetzungen, Herausforderungen, Gegeninteressen und schließlich Erfolgen spiegeln und sie damit bekräftigen (s. Maier 1996).

Konrad Maier hat sich nicht auf Theorieentwicklung und Schulbildung fokussiert, sondern suchte vor allem über die Entwicklung einer Forschungskultur und -infrastruktur an Fachhochschulen des Sozialwesens sowie in konkreten Praxisforschungsprojekten Theorie und Praxis gleichermaßen herauszufordern, um theoretisch anspruchsvoll zu praktisch hilfreiche(re)n Lösungswegen für soziale Probleme zu gelangen, insbesondere in den Bereichen Armut, Arbeit und Quartiersentwicklung. Um dies zu befördern gründete er 1984 gemeinsam mit dem Soziologen Rüdiger Spiegelberg die ‚Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg‘ (heute: ‚Forschungs- und Innovations-Verbund an der Evangelischen Hochschule Freiburg‘), die er unter Einbindung weiterer Kolleginnen und Kollegen zum größten Forschungsinstitut an einer deutschen Fachhochschule des Sozialwesens ausbaute. Die sozialarbeiterische und sozialpädagogische Praxis suchte er etwa über die Gründung und wissenschaftliche Begleitung eines Arbeitslosentreffs sowie eines Quartierzentrums und über die Mitwirkung in mehreren Vorständen sozialer Träger zu stärken.

Auch Wissenschaft ist ein durchaus praktisches Unterfangen, das Orte und Gelegenheiten zu ihrem Gelingen braucht. So engagierte Maier sich ferner in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie in der Deutsche(n) Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) und betrieb hier neben Benjamin Benz und Günter Rieger die Gründung der Fachgruppe ‚Politik Sozialer Arbeit‘.

Entsprachen seine Fragen nach dem guten Leben und seine Bewunderung für die Arbeiten Aristoteles seiner normativen Wissenschaftsorientierung, so stehen seine periodisch immer wieder unternommenen Untersuchungen zur Arbeitsmarkt- und Berufssituation von Fachkräften Sozialer Arbeit (s. zuletzt Maier/Spatscheck 2010a, b) für seine Affinitäten auch zum Kritischen Rationalismus Karl Poppers. Dem über Jahrzehnte kultivierten Lamento über Entwicklungen in diesem Bereich stellte er differen-

zierte, empirische Befunde gegenüber, die insgesamt meist gute Beschäftigungsaussichten, Binnendifferenzierungen nach Handlungsfeldern und Hinweise auf konkrete Prekarisierungstendenzen gleichermaßen verdeutlichten.

Wolf Rainer Wendt (*1939)

Wolf Rainer Wendt hingegen sieht früh die Notwendigkeit, Soziale Arbeit über eine eigenständige Theorie zu integrieren. Ende der 1970er Jahre begann er mit der Arbeit an einer ökosozialen Theorie Sozialer Arbeit. Es entstand „Ökologie und Soziale Arbeit“ (1982), dem Jahre später ein zweiter, weiterentwickelter Entwurf „Ökosozial denken und handeln“ (1990) folgte, der mit „Das ökosoziale Prinzip“ (2010) abgerundet wird. Ökosoziales Denken versucht Individuen in ihrer Umwelt (person in environment) zu verstehen. Die Umwelt formt die Person und diese wirkt handelnd auf eben diese Umwelt ein. Die ökologische Perspektive der Wechselwirkung zwischen Individuum und Umwelt, ihre Auswirkung für die persönliche Lebensgestaltung wie das soziale Leben modelliert Wendt dann am Begriff des „Haushalts“. „Die ökosoziale Theorie wählt den ‚Haushalt‘ zu seiner zentralen Kategorie, weil dieser Grundbegriff die Gestaltung und Bewältigung des Alltags im einzelnen an den Ertrag im ganzen Leben, an gesellschaftliche Kooperation und Verantwortung für die Natur im Haushalt der Schöpfung knüpft“ (Wendt 1990, S. 29). Orientiert und organisiert in dieser für die Theorie zentralen Denkfigur gelingt es über Begriffe wie ökologische Bilanzierung, Lebenslagen, Nischen, Selbstorganisation, Ressourcen, Lebensbewältigung, Unterstützung, Vernetzung usw. einen verlässlichen Bezugsrahmen zur Reflexion sozialer Probleme wie sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Praxis zu schaffen. Ökosozial haushaltend zu denken, liegt es dann auch nahe, die Notwendigkeit (sozial)wirtschaftlichen Handelns für die Soziale Arbeit zu erkennen (Wendt 2002) und Case Management als zentrale Methode zu entwickeln (Wendt ⁵2010).

Mit den Begrifflichkeiten des Haushaltens, Zurechtkommens und Managements erfährt Wendts „ökosoziales Prinzip“ eine konservative Ausrichtung, ohne die politischen Implikationen Sozialer Arbeit zu leugnen. „Wer *soziale* Praxis unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet, kann die *politische* Praxis nicht auslassen“ (Wendt 1982, S. 186; Herv. i.O.). Denn für den ökosozialen Ansatz sind Menschen eben „in vielfältiger Hinsicht vom Gemeinwesen, in dem sie leben, abhängig. Ihre Belange und Interessen müssen überindividuell, öffentlich und politisch und mit Macht vertreten werden“ (Wendt 2010, S. 85). „Soziale Arbeit hat insoweit ein politisches Mandat, als sie individuelle problematische Lebenssituationen und daraus resultierende Bedarfe, die nicht schon mit privater Macht öffentlich behauptet werden, im Hinblick auf berechnigte Ansprüche vertritt“ (ebd., S. 90).

Wendt folgt dabei einem republikanischen, zivilgesellschaftlich rückgebundenen Politikbegriff in dessen Zentrum die sich engagierende Bürgerin steht (Wendt u. a. 1996). Sich um seinen Haushalt im Sinne ökosozialer Lebensführung zu sorgen, heißt eben nicht, sich allein auf seine privaten Angelegenheiten zurückzuziehen, sondern impliziert immer auch sich um die Angelegenheiten des Gemeinwesens zu kümmern. „Ökosozial erscheint der bewusst agierende Mitbürger als Haushalter, als Netzwerker im sozialen Lebenszusammenhang und als Pfleger seiner eigenen und der sozialen Lebenslandschaft.“ (Wendt 1990, S. 121)

Entsprechend fordert er von „Sozialprofessionellen“, dass sie im Sinne einer alle politischen Ebenen umfassenden „community practice“ (Marie Weil) die „politischen und organisatorischen Fähigkeiten erwerben“ (Wendt 2010, S. 91f.), um dazu beizutragen die Handlungsfähigkeit (agency) als Bürger zu stärken und zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und damit mit den Betroffenen „Entwicklungsarbeit“ zu leisten. Auch für dieses politische Handeln betont Wendt die Notwendigkeit einer systematisch geplanten Vorgehensweise einer sich als Profession verstehenden Sozialen Arbeit. Gefordert ist ein fachlich orientiertes, methodisch ausbuchstabiertes „Einflußmanagement“ (Wendt 1990, S. 142). Mit Alice Salomon geht er davon aus, dass Soziale Arbeit eine Tätigkeit ist, „die vom Hause ausgeht und sich erweitert zur Tätigkeit an der Gemeinde, am Staat, an der Gesellschaft“ (zit. nach Wendt 2010, S. 92).

Lothar Böhnisch (* 1944)

Lothar Böhnisch plädiert so deutlich, wie kaum ein anderer Vertreter der Sozialpädagogik im deutschen Sprachraum, für eine Berücksichtigung politischer Aspekte in der Sozialen Arbeit (Schönig 2012, S. 53f.). Als früher Beitrag von ihm ist sein Aufsatz zum doppelten Mandat bekannt geworden (Böhnisch/Lösch 1973), der sich mit dem „Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seiner institutionellen Determination“ befasst. Dieser Hinweis auf das doppelte Mandat der Sozialen Arbeit ist für die Politik Sozialer Arbeit auch heute noch von zentraler Bedeutung, da er das politisch Gewollte als potentiell konfliktär zu den Bedürfnissen der Klientinnen/Klienten ansieht.

Diese Konfliktanalyse ist für die frühen 1970er Jahre eher typisch und der Kontext, in dem das doppelte Mandat als solches thematisiert wurde, ist die Diskussion der ‚kritischen Sozialwissenschaft‘, wie sie zu Anfang der 1970er Jahre im Nachgang der Studentenrevolte allerorten geführt wurde. Ihr Kern ist eine gesellschaftskritische Diskussion zu den Arbeitsbedingungen der Sozialen Arbeit, die im Widerspruch von Handlungsverständnis des Sozialarbeiters (= Hilfe) und institutioneller Determination (= Kontrolle) gefangen ist. Es ist dabei wohl kein Zufall, dass bei der Diskussion um das

doppelte Mandat mit nur zwei Anforderungen argumentiert wird, die sich antagonistisch gegenüberstehen. Diese Dualität des doppelten Mandats passt recht gut zur marxistisch geprägten Gesellschaftsanalyse, wie sie den Beginn der 1970er Jahre prägte. Heute wird hingegen das doppelte Mandat als zentraler Aspekt akzeptiert, entpolitisiert umgehend auf drei und mehr Mandate ausgeweitet, womit dann auch dem professionellen Selbstverständnis und weiteren Mandatierungen Raum gelassen wird.

Zuletzt hat Böhnisch mit seiner Schrift „Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma Sozialer Arbeit“ (Böhnisch 2010), wieder sehr deutlich auf die enge Verbindung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit hingewiesen. Er versteht die Sozialpolitik und mit ihr die Soziale Arbeit als notwendige, „institutionelle Reaktion“ der modernen Industriegesellschaft auf die vielfältigen Formen der gesellschaftlich bedingten Desintegration. Diese Desintegration ist ganz offenbar nicht mehr antagonistisch, sondern eher postmodern konzipiert:

„Zu dieser institutionellen Reaktion war und ist die moderne Industriegesellschaft strukturell gezwungen. Sowohl aufgrund ihrer latenten sozialstrukturellen Dauerkrise – die Spannung zwischen Integration und Desintegration ist dem Wesen der modernen Arbeitsteilung immanent – als auch wegen der strukturellen Notwendigkeit, die ökonomisch-technische Arbeitsteilung sozial reproduzieren und ausbalancieren zu müssen.“ (Böhnisch 2010, S. 219)

Die Sozialpolitik und mit ihr die Soziale Arbeit sind mithin Reaktionen auf fortbestehende Desintegrationsprozesse, da die sozialen Probleme nicht dauerhaft „befriedet“ (Böhnisch 2010, S. 222) werden können. Im Gegenteil: Sozialpolitik und mit ihr die Soziale Arbeit gewinnen in dem Maße an Bedeutung, wie diese Desintegrationsprozesse im Zuge des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses quantitativ und qualitativ zunehmen.

Böhnisch argumentiert, dass in modernen Gesellschaften angesichts von Differenzierungs- und Individualisierungstendenzen ein wachsender Bewältigungsdruck aufbaut wird. Dieser Bewältigungsdruck soll grundsätzlich durch die generalisierende Sozialpolitik aufgefangen werden. Wo dies nicht gelingt, muss die Soziale Arbeit intervenieren, so dass sie als Unterstützung zur Lebensbewältigung aufgefasst werden kann. Mehr noch: Mit dem zunehmenden gesellschaftlichen Komplexitätsgrad reicht eine einfache Transferzahlung immer häufiger nicht hin, denn die Probleme einzelner Menschen und Familien werden so komplex, dass man mit standardisierten Verfahren der Sozialverwaltung keine Integrationserfolge erzielen wird. Zwingend notwendig ist dann eine Intervention durch die Soziale Arbeit, d.h. „der sozialpädagogisch-sozialarbeiterische Interventionsmodus ist hierfür das strukturelle Mittel“ (Böhnisch 2010, S. 219). Politisch ist in diesem Sinne auch Böhnischs „Sozialpädagogik der Lebensalter“ (2008), da es sich bei

der Lebensbewältigung auch um einen Bildungsprozess handelt, der ebenfalls einen sozialpolitischen Integrationsaspekt repräsentiert. Hiermit ist die Verbindung zwischen Sozialpolitik und Sozialer Arbeit denkbar eng gezogen und die Politik Sozialer Arbeit als zentrales Element positioniert.

Die vorangegangenen und auf Fragen der Politik in der Sozialen Arbeit fokussierten Kurzportraits namhafter Theoretiker/innen und Praktiker/innen der Sozialen Arbeit können allein zu einer vertieften Beschäftigung – auch mit Positionen weiterer einschlägiger Vertreterinnen und Vertreter (von Johann Heinrich Pestalozzi über Marie Juchacz, Hans Muthesius, Karam Khella, Walter Hollstein und Marianne Meinhold bis Roland Merten usw.) – einladen. An unterschiedlichen Stellen werden deren Perspektiven auch in den nachfolgenden Beiträgen – zum Teil von eben diesen Vertreter/innen selbst – aufgegriffen bzw. eingebracht. Diese Beiträge sollen hier ebenfalls zumindest kurz einführend skizziert werden.

4. Ausblick auf die hier versammelten Beiträge und den zweiten Band

Grundlagen einer Politik Sozialer Arbeit

Zunächst befasst sich *Werner Schönig* mit dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Dabei wird die Soziale Arbeit als Intervention und Modus der Sozialpolitik aufgefasst, woraus sich ein enges und komplexes Verhältnis beider ergibt. Gerade weil die Soziale Arbeit den einzelnen Fall und die konkrete strukturelle Problemlage fokussiert, sei sie eine wichtige Ergänzung zur sonst generalisierend agierenden Sozialpolitik, die ihren Schwerpunkt in der sozialen Sicherung und anderen Institutionen der Umverteilung habe. Aufgrund ihrer speziellen Funktion der gesellschaftlich integrierenden Intervention in besonderen Problemlagen sei die Soziale Arbeit auf Handlungsspielräume angewiesen, wie sie z.B. in der Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe auch tatsächlich vorhanden sind. Andere Aspekte des komplexen Verhältnisses von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit werden in der wachsenden Notwendigkeit einer aktiven Sozialarbeitspolitik sowie im Ausbau der Praxisforschung gesehen.

Nachfolgend entfaltet *Günter Rieger* ‚Sozialarbeitspolitik‘ als eigenständiges Politikfeld. Sozialarbeitspolitik wird hier als inhaltlich definierter Bereich politischen Handelns abgegrenzt und damit als Teildisziplin der Sozialarbeitswissenschaft konstituiert. Hierzu ist das politische Mandat Sozialer Arbeit zu begründen und werden die Policy-, Politics- und Politydimensionen von Sozialarbeitspolitik sowie entsprechende Interventionsformen politischen Handelns als Forschungs- und Lehrgebiet abgesteckt.

Im Unterschied zu dieser policy-bezogenen Herangehensweise fokus-

siert *Benjamin Benz* auf Klientinnen/Klienten, Fachkräfte und Organisationen in der Sozialen Arbeit bezogen die polity- und politics-Dimension in der Sozialer Arbeit und sucht hierfür insbesondere Erkenntnisse des akteurszentrierten Interaktionismus sowie des Machtressourcenansatzes fruchtbar zu machen. Diese aufgreifend entwirft er eine Systematik politischer Interessenvertretung in selbstvertretenden, mitbestimmenden und stellvertretenden Formen.

Mit den normativen Grundlagen einer Politik Sozialer Arbeit setzt sich *Andreas Lob-Hüdepohl* in seinem Beitrag auseinander und entfaltet dabei umfassend das Wechselverhältnis von Sozialer Arbeit, Sozialer Politik und Sozialer Ethik. Er erörtert nicht nur die mögliche Bedeutung partizipativer Demokratievorstellungen für die Soziale Arbeit, sondern entfaltet darüber hinaus eine menschenwürdige Lebensführung in verantwortlicher Freiheit als Fundamentalnorm einer Politik Sozialer Arbeit, um schließlich die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit für eine soziale Politik herauszuarbeiten sowie Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit einer differenzierten, kritischen Untersuchung zu unterziehen.

Weitere Zentralbegriffe einer Politik Sozialer Arbeit klärend widmet sich *Björn Kraus* den Möglichkeiten und Grenzen von „Macht“, „Hilfe“ und „Kontrolle“. Konstruktivistisch argumentierend wird hier erkenntnistheoretisch herausgearbeitet, dass destruktive und instruktive Formen der Macht zu unterscheiden und Hilfe und Kontrolle untrennbar mit Machtfragen verbunden seien. Schließlich verweise etwa „auf Hilfe zielende Kontrolle“ auf die Notwendigkeit von Unterscheidungskriterien zwischen Hilfe und Kontrolle, die Kraus in der Frage nach der „Entscheidungshoheit“ entdeckt. Dabei könnten und müssten auch „Entscheidungen zur Kontrolle (...) getroffen werden – ob diese Entscheidungen allerdings auch durchgesetzt werden können, hängt von der hierzu notwendigen Macht ab.“

Zwischen Demokratie und Sozialer Arbeit gibt es eine ausgeprägte Beziehung, die wiederum auf eine grundsätzliche, wenn auch unterschiedlich zu interpretierende politische Dimension der Sozialen Arbeit hinweist – so der Tenor des Beitrags von *Patrick Oehler*. Aus historischer Perspektive lassen sich sowohl auf der Ebene der Praxis als auch auf der Ebene der Theorie verschiedene Variationen als Marksteine dieser Beziehungsgeschichte verdeutlichen, die sich über Jane Adams' Hull House bis zur 68er Bewegung erstrecken. Trotz dieser historischen Belege sei die Frage nach dem Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Demokratie anspruchsvoll und offen. Sie lässt sich, so die These des Autors, aus heutiger Sicht am ehesten als Wahlverwandtschaft umschreiben.

Martina Lütke-Harmann und *Fabian Kessl* verweisen im Kontext der Post-Demokratiedebatte auf die Widersprüchlichkeit gegenwärtiger Repolitisierungsforderungen Sozialer Arbeit. Sie erkennen insbesondere am Postdemokratiebegriff Jacques Rancières das widersprüchliche Zusammenspiel von Politisierung und Entpolitisierung und destillieren daraus erste

Hinweise auf eine politische Theorie und Genealogie des Politischen in der Sozialen Arbeit.

Schließlich entfaltet *Timm Kunstreich* die Bedeutung von ‚Transversalität‘ für eine ‚Politik des Sozialen‘, unter deren Begriff Kunstreich im Anschluss an einen langjährigen Diskurs insbesondere in der Redaktion der Zeitschrift „Widersprüche“ keine neue, alternative Sozialpolitik zu formulieren sucht, sondern Alternativen zu traditionellen Politikformen aufzeigt und begründet. Anhand einer Fallgeschichte entfaltet er dabei eine politische Perspektive „von unten“, der er anhand einer empirischen Studie weiter nachgeht. Transversal sei die Perspektive einer Politik des Sozialen insofern, als sie querliegt sowohl einer vertikal-funktionalistischen oder -strukturalistischen (etwa der Klient-Fachkraft-Hierarchie), als auch zu einer bloß horizontal-interaktionistischen (etwa auf Menschen, die sich mit ihrer Lebenssituation arrangieren).

Diskurse und disziplinäre Perspektiven

Den Auftakt zu einzelnen Diskursen und fachwissenschaftlichen Zugängen zur Politik Sozialer Arbeit leistet *Monika Többe-Schukalla* mit ihrem Beitrag zu Paradigmen der politischen Bildung und Erziehung. Die Kontroversen um Ziele und Inhalte der schulischen Politikdidaktik haben in unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Kontexten zu Neuorientierungen und Paradigmenwechseln geführt. Diese seien, wenngleich primär auf den schulischen Kontext fokussiert, durchaus von Bedeutung für die Soziale Arbeit. Paradigmen der politischen Bildung und Erziehung, inspiriert durch Konflikttheorien, marxistische Gesellschaftsanalysen sowie normativ-ontologische Theorien, können als engagierte Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Realitäten verstanden werden. Sie stellen, so Többe-Schukalla, für die Soziale Arbeit zugleich Herausforderung, Abgrenzung und eigenständige Weiterentwicklung dar, die sie für politisch bildende Prozesse zur Erlangung einer lebensweltorientierten politischen Handlungskompetenz ihrer unterschiedlichen Zielgruppen nutzen kann.

Auf die Bedeutung demokratischer Erziehung in einer sich ausdrücklich der Erziehungswissenschaft zugehörig wissenden Sozialpädagogik geht *Carsten Müller* ein. Sozialpädagogik kann, historisch betrachtet, als Erziehung in, durch und für Gesellschaft und Gemeinschaft verstanden werden. Vor allem aus der Erziehungsphilosophie John Deweys in ihren Affinitäten und Brücken zu den Arbeitsweisen der Sozialen Arbeit (wie z.B. Gemeinwesenarbeit in der Settlementbewegung) lassen sich demokratische Erziehungstheorien als sozialpädagogische erschließen. Mit Bezug auf diese Traditionslinien gewinne Soziale Arbeit im Sinne einer politischen Pädagogik ein eigenständiges, nicht von außen herangetragenenes politisches Mandat, dessen zentrale Elemente demokratische Formen zivil- und bürgerschaftlicher Partizipation darstellten.

Die sozialökonomische Analyse ist nach Ansicht von *Beate Finis Siegler* und *Werner Schönig* unverzichtbarer Bestandteil einer Diskussion um die Politik Sozialer Arbeit, da die Sozialökonomik einen heterodox-institutionalistischen Zugang zu politischen Fragestellungen bietet, den eine orthodox-marktliberale Perspektive nicht leisten kann. Die zentralen Aspekte des sozialökonomischen Ansatzes sind sein Verhältnis zur Sozialpolitik, das Konzept der meritokratischen Güter und sozialer Bedarfe, die differenzierte Bewertung von unterschiedlichen Transfertypen, der mehrdimensionale Begriff der Lebenslage, die Spezifika von Kosten-Nutzen-Analysen und Evidenzbasierung sowie schließlich der Begriff und die Typenvielfalt in der Sozialwirtschaft. Anhand dieser sechs Stichworte werden die Spezifika der sozialökonomischen Analyse Sozialer Arbeit erörtert.

Systemtheoretisch argumentierend spürt anschließend *Marc Breuer* der Bedeutung der Diskurse um Inklusion und Exklusion für die Politik Sozialer Arbeit nach. Einerseits ermögliche das sozialtheoretische Begriffspaar die Analyse sozialer Probleme, auf deren Überwindung eine Politik Sozialer Arbeit zielen müsse, andererseits sei damit Soziale Arbeit und ihre Politik sozialstrukturell zu verorten und schließlich ermögliche die wissenssoziologische Analyse der Inklusions-Exklusionsdiskurse ihre Problematik und Widersprüchlichkeit aufzuklären.

Ebenfalls soziologisch (aber nicht systemtheoretisch) argumentierend fokussiert *Hildegard Mogge-Grotjahn* Genderfragen und -diskurse in ihrer Bedeutung für und ihren Ausformungen in Praxis, Forschung und Politik Sozialer Arbeit. Diese zeichnet sie historisch nach und markiert dabei Wendemarken in der Entwicklung genderbezogener Wissenschaft. Ferner zeigt Mogge-Grotjahn „die widersprüchlichen, manchmal fast paradoxen Beziehungen der Sozialen Arbeit zur Gender-Thematik“ auf. Schließlich leuchtet der Beitrag aktuelle Herausforderungen im Dreieck von Politik, Sozialer Arbeit und Wissenschaft aus und sieht dabei Potentiale insbesondere im Care-Diskurs.

Die Politik Sozialer Arbeit der letzten Jahre war (und ist) geprägt vom Schlagwort des ‚Forderns und Förderns‘. *Anselm Böhrer* formuliert in seinem Beitrag hierzu eine subjekttheoretische Kritik, indem er die arbeitsgesellschaftliche Ausrichtung der Politik kritisch rekonstruiert und dabei das Konzept des Workfare als Aktivierungsprinzip fokussiert. Workfare hat in der letzten Dekade gerade in Deutschland wesentliche Veränderungen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik begründet. Umso notwendiger sei eine Kritik aus sozialarbeitswissenschaftlicher Perspektive, die Aspekte der Standardisierung, Mandatierung und vor allem der Subjekt-Rhetorik kritisch hinterfrage. Hieraus ergeben sich für die Soziale Arbeit Aufgaben im Bereich der Professionspolitik und der Theoriebildung. Erst deren Erfüllung verhindere, dass die Soziale Arbeit ihre Eigenständigkeit verliert und zur bloßen Erfüllungsgehilfin einer zunehmend arbeitsgesellschaftlichen Sozialpolitik absinkt.

Mit einem Beitrag zur Sozialen Arbeit in europäischer Perspektive von *Monika Többe-Schukalla* und *Barbara Solf-Leipold* findet der Band seinen

Abschluss. Die Prozesse der Europäisierung forcieren Entwicklungen, die sich mit dem Verlust nationalstaatlicher Autonomie und Steuerungskompetenz, wirtschaftlichem Anpassungsdruck, wohlfahrtsstaatlichem Wandel und notwendigen gegenseitigen Lernprozessen umschreiben lassen. Für letzteres bieten die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung Impulse für eine Politik Sozialer Arbeit. Diese werden zunächst mit Hilfe der Wohlfahrtsstaatstypologien analysiert, die eine kontrastive Erkenntnisbasis für die Unterschiedlichkeit und Integrationskraft sozialstaatlicher Gestaltungsprinzipien in ihren normsetzenden Strukturen darstellen. Darüber hinaus werden Lernprozesse und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Soziale Arbeit in europäischen Regulierungsstrukturen reflektiert.

Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden

Im in Kürze erscheinenden zweiten Band „Akteure, Handlungsfelder und Methoden“ unserer „Politik Sozialer Arbeit“ wollen wir wiederum relevantes Wissen und hilfreiche Sichtweisen zusammentragen und Forschungsfragen aufwerfen, diesmal aber gezielter bezogen auf einzelne Akteure und Akteursgruppen in der Sozialen Arbeit. Ferner sollen hier Methoden politischen Handelns in der Sozialen Arbeit differenzierter dargestellt und in der Sozialen Arbeit relevante (Sub-)Politikfelder (etwa der Jugend- und Wohnungsnothilfepolitik) vermessen und untersucht werden. Blicke über den je eigenen nationalen Tellerrand werden sich auch hier anbieten.

Die in beiden Bänden versammelten Beiträge machen deutlich, wie vielschichtig und zum Teil auch kontrovers zu diskutieren, politische Fragen in der Sozialen Arbeit sind. Wir sind überzeugt, in diesen laufenden Diskurs mit dem vorliegenden Band hilfreiche Beiträge einzubringen und bedanken und daher herzlich bei den mitwirkenden Autorinnen und Autoren für ihre Aufsätze, Beltz Juventa für deren Veröffentlichung sowie allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit! Ferner danken wir der Dualen Hochschule Baden-Württemberg in Stuttgart, der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen sowie dem Verein der Freunde und Förderer der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe für die finanzielle Unterstützung dieses Bandes.

Alle Leserinnen und Leser laden wir ein, mitzudiskutieren, im Rahmen der Fachgruppe ‚Politik Sozialer Arbeit‘ in der DGSA, über kritische Rückmeldungen an uns Herausgeber sowie in den zahlreichen analogen und virtuellen Foren, in denen praxis-, theorie- und ausbildungsrelevant um politische Dimensionen der Profession Sozialer Arbeit gerungen wird.

Bochum, Köln, Paderborn und Stuttgart, im Oktober 2012
Die Herausgeber/in

Literatur

- Addams, J. (1913): *Zwanzig Jahre sozialer Frauenarbeit in Chicago*. München: Beck.
- BAGFW – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Hg.): *Die Freie Wohlfahrtspflege – Profil und Leistungen*, Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Böhnisch, L. (2008): *Sozialpädagogik der Lebensalter: Eine Einführung*. 5. Aufl. Weinheim/München: Juventa.
- Böhnisch, L.; Lösch, H. (1973): *Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination*. In: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hg.): *Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit*. Neuwied/Berlin: Luchterhand, S. 21–40.
- Böhnisch, L. (2010): *Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit*. In: Thole, W. (Hg.): *Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch*. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag, S. 219–233.
- BMJFFG – Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (1990): *Achter Jugendbericht. Bericht über die Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe*. Bonn.
- Borgmann, K. (1958): *Lorenz Werthmann – Aus seinen Reden und Schriften*, Freiburg: Lambertus.
- Cathy, E. (2009): *Jane Addams (1860–1935). Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Reformpolitik*. 2. Aufl. Bremen: Europäischer Hochschulverlag.
- Engelke, E./Borrmann, St./Spatscheck, Chr. (2008⁴): *Theorien der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Grundwald, K./Thiersch, H. (2003): *Lebenswelt und Dienstleistung*. In: Olk, Th./Otto, H.-U. (Hg.): *Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlegungen, Entwürfe und Modelle*. München/Unterschleißheim: Luchterhand, S. 67–89.
- Hull House (2012): *Mission*. Verfügbar unter <http://www.hullhouse.org/aboutus/mission.html> (6.3.2012).
- Kuhlmann, C. (2000): *Parteilichkeit in der sozialpädagogischen Tradition – Alice Salomons Position zu professionellen Standards und ethischer Verantwortung Sozialer Arbeit*, in: Hartwig, L./Merchel, J. (Hg.): *Parteilichkeit in der Sozialen Arbeit* (S. 11–23). Münster: Waxmann.
- Kuhlmann, C. (2007): *Alice Salomon und der Beginn sozialer Berufsausbildung. Eine Biographie*, Stuttgart: ibidem.
- Kuhlmann, C. (2008): „Nicht Wohltun, sondern Gerechtigkeit“. *Alice Salomons Theorie Sozialer Arbeit*, Stuttgart: ibidem.
- Lehner, M. (1997): *Caritas. Die Soziale Arbeit der Kirche. Eine Theoriegeschichte*, Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Lüssi, P. ⁵2001: *Systemische Sozialarbeit*, Bern: Haupt.
- Maier, K./Spatscheck, Chr. (2010a): *Erneute Expansion der Sozialen Arbeit nach dem Ende des Wohlfahrtsstaates?* In: NDV, 90, S. 428–433.
- Maier, K./Spatscheck, Chr. (2010b): *Ein neues sozialpädagogisches Jahrhundert durch den aktivierenden Staat? – Zur Deutung des erneuten Zuwachses beruflicher Sozialarbeit in Deutschland*, in: *Sozial Extra*, 34 (9/10), S. 50–55.
- Maier, K. (1997): *Der Beitrag der Politikwissenschaft zur Ausbildung von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen*. In: Walter, J. (Hg.): *Sozialarbeit/Sozialpädagogik als Studium und Wissenschaft. Entwicklungen, Perspektiven, Profile*. Freiburg im Breisgau: *Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg – Eigenverlag*, S. 74–78.
- Maier, K. (1996): *Überlegungen zur Etablierung einer Sozialarbeitswissenschaft auf dem Hintergrund der Entwicklung der Politikwissenschaft*. In: Puhl, R. (Hg.): *Sozialarbeitswissenschaft. Neue Chancen für theoriegeleitete Soziale Arbeit*. Weinheim/München: Juventa, S. 137–148.